Stand: 15.09.2026 14:51:56

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/10310

"Klimaüberhitzung: Wir brauchen jetzt schärfere Klimaziele UND konkrete Klimaschutzmaßnahmen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/10310 vom 08.10.2020
2. Beschluss des Plenums 18/10374 vom 08.10.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 55 vom 08.10.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 08.10.2020 **Drucksache** 18/**10310**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Klimaüberhitzung: Wir brauchen jetzt schärfere Klimaziele UND konkrete Klimaschutzmaßnahmen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich in Bayern das Ziel zu setzen, bis 2030 mindestens 67 Prozent der Treibhausgas-Emissionen gegenüber 1990 einzusparen, bis spätestens 2040 Treibhausgasneutralität zu erreichen, und sich auf Bundesebene und auch gegenüber den anderen Bundesländern für ehrgeizigere Klimaschutzziele einzusetzen.

Die Staatsregierung muss dazu im Freistaat ihr unzureichendes Maßnahmenpaket durch ein echtes Klimaschutz-Sofortprogramm ergänzen, das vor allem folgende Komponenten enthält:

– ein umfangreiches Ausbauprogramm für den regionalen Schienenpersonenverkehr, das sowohl Neuinvestitionen als auch die umfassende Reaktivierung von Bahnstrecken vorsieht,

– eine zukunftsweisende neue Lösung mit der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mbH, um im gesamten Freistaat landkreisübergreifende Express-Busverbindungen zu planen und einzurichten,

– eine massive Ausweitung der Förderung von Nahverkehrsleistungen der Landkreise und Kommunen,

– den beschleunigten Ausbau der E-Ladeinfrastruktur durch eine Verstärkung der Förderung,

– Finanzierungsprogramme für die Beschaffung von emissionsfreien Fahrzeugen für die öffentliche Hand,

– eine stärkere Bezuschussung, um die Nutzung des Nahverkehrs von jungen Menschen, Älteren und sozial Benachteiligten kostenfrei zu stellen und mehr günstige Tarife auch für alle anderen zu ermöglichen, und

– die umgehende Aufhebung der 10H-Regelung, um die Totalblockade beim Ausbau der Windkraft zu lösen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Begründung:

Die Klimaüberhitzung beschleunigt sich viel schneller, als es bisher erwartet wurde. Die Folgen davon sind auch in Bayern fast jeden Tag spürbar. Diese Entwicklung gefährdet die Zukunft unserer Kinder und ihrer Kinder. Die Folgen verursachen deutschlandweit bereits jetzt Milliardenschäden, die die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Steuern aufbringen müssen. Diese Kosten werden schnell steigen, und sie werden umso höher, je weniger dagegen unternommen wird.

Die bisherigen Maßnahmen und Zielsetzungen der Staatsregierung sind völlig unzureichend. Daran wird auch das von der Staatsregierung geplante Klimagesetz nichts ändern, das der Krisensituation nicht gerecht wird und erhebliche Mängel aufweist. Das hat zuletzt die Sachverständigenanhörung im Landtag zum Klimaschutzgesetz gezeigt.

Das gilt aber auch für andere Bundesländer. In Baden-Württemberg kritisieren Umweltverbände und Fridays for Future das geplante Klimaschutzgesetz der Regierung Winfried Kretschmann als „wachsweiches Klimapäckle“ bzw. ein „Gesetz mit völlig ambitionslosen Klimaschutzzielen“. Auch auf Bundesebene besteht vor allem aufgrund der ständigen Blockaden durch CDU und CSU Nachbesserungsbedarf.

Die Verpflichtung des Freistaates Bayern und Deutschlands besteht vor allem darin, als eine der reichsten industriell geprägten Regionen bzw. eines der reichsten Industrieländer des globalen Nordens Verantwortung für die bisherige Klimaentwicklung zu übernehmen und mit seinen finanziellen sowie technologischen Möglichkeiten zu zeigen, dass Treibhausgasneutralität und eine sozial-ökologische Wende möglich sind.

Eine Verschärfung der Klimaschutzziele auf allen politischen Ebenen ist dringend überfällig. Eine Diskussion über Ziele allein reicht aber nicht aus. Es bedarf vor allem auch konkreter und ehrgeiziger Maßnahmen zur sozial-ökologischen Modernisierung. In Bayern stammt der größte Anteil aus Treibhausgasen aus dem Verkehrssektor. Deswegen ist eine Verkehrswende aus Klimaschutzgründen schon lange überfällig. Sie kann nur aus dem Dreiklang: massiver und schneller Ausbau des klimafreundlichen öffentlichen Verkehrs, Verbilligung und Vereinheitlichung der Tarife und rascher Ausbau der emissionsfreien Mobilität bestehen. Außerdem müssen dringend die Bremsen bei der Energiewende – Stichwort Windkraftstopp 10H – gelöst werden.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 08.10.2020 **Drucksache** 18/**10374**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/**10310**

Klimaüberhitzung: Wir brauchen jetzt schärfere Klimaziele UND konkrete Klimaschutzmaßnahmen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Martin Stümpfig
Abg. Florian von Brunn
Abg. Hans Friedl
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Dr. Martin Huber
Abg. Christoph Skutella
Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe nun ebenfalls zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Starke Klimaziele durchsetzen - für die Zukunft von Europa, Bund und Bayern (Drs. 18/10269)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)
Klimaüberhitzung: Wir brauchen jetzt schärfere Klimaziele UND konkrete Klimaschutzmaßnahmen! (Drs. 18/10310)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Globalen Klimaschutz technologisch voranbringen (Drs. 18/10311)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile, wie Sie schon sehen, dem Kollegen Martin Stümpfig das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das EU-Parlament hat gestern ein klares und starkes Signal ausgesendet. Die EU-Abgeordneten haben beschlossen, die EU-Klimaziele betreffend bis 2030 die Reduktion der Treibhausgasemissionen von derzeit 40 % auf 60 % zu erhöhen. Das ist endlich ein starkes Klimaziel, ein starkes Signal. Somit sind wir auf Kurs in Richtung Einhaltung der Klimaziele von Paris. Das EU-Parlament und die CDU-Kommissionspräsidentin von der Leyen drücken hier aufs Tempo. Wir in Bayern, wir in Deutschland sollten alles tun, um diese vielleicht letzte Chance zum Klimaschutz zu ergreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen: Mehr Klimaschutz ist dringend nötig. Mittlerweile gehören die Nachrichten und Bilder von riesigen abtauenden Eisschildern, Waldbränden, Stürmen oder Sturzfluten zur Routine. Aber die Fernsehbilder werden immer öfter Realitäten vor unserer Haustür: Das Wasser wird knapp; Trockenheit und Dürre machen sich breit; die Ernte ist schlecht; der Wald stirbt; Starkregen verwandelt kleine Bäche in reißende Flüsse. Das Jahr 2020 wird wohl wieder zu einem der heißesten Jahre überhaupt.

Der von der Bundesregierung berufene Sachverständigenrat für Umweltfragen hat deutliche Mängel in der deutschen Klimapolitik aufgezeigt. Zitat:

> Erstens fehlt es an Transparenz darüber, welches Gesamtbudget an Treibhausgasen der deutschen Klimapolitik zugrunde liegt.
>
> Zweitens besteht ein Ambitionsdefizit, das heißt, die nationalen Ziele stellen noch keinen ausreichenden Beitrag zum globalen Klimaschutz dar.
>
> Drittens gibt es ein Umsetzungsdefizit, da die Klimaziele wiederholt nicht erreicht wurden.

Schaut man auf Bayern, stellt man fest, hier sieht es noch viel schlechter aus.

Erstens, Budgetansatz. Das ist die Aufrechnung der möglichen CO2-Emissionen in absoluten Werten. Dazu ist im Klimagesetzentwurf nicht einmal ein Wort enthalten. Der Budgetansatz fehlt komplett. Er ist aber Dreh- und Angelpunkt für eine gute Klimaschutzpolitik, wie wir bei der Anhörung vorletzten Freitag von den Experten gehört haben. Bayern hat gerade einmal noch ein Budget von 800 Millionen Tonnen, verbraucht aber Jahr für Jahr 100 Millionen Tonnen.

Zweitens, die Ziele. Deutschland muss seine Ziele entsprechend dem Verteilmechanismus der EU bis 2030 auf 70 % erhöhen. Bayern hat sich hier an die deutschen Klimaziele gebunden, das heißt auch für Bayern eine Erhöhung auf minus 70 % bis 2030.

Drittens, die Umsetzung. Betrachtet man die Umsetzung in Bayern, kann einem richtig schlecht werden. Im Freistaat steigen die CO2-Emissionen noch immer, laut aktuellstem Bericht um plus 2 Millionen Tonnen. Das ist wirklich Wahnsinn. GroKo und Söder-Regierung setzen sich lasche Klimaziele, und sie erreichen sie nicht einmal. Damit muss jetzt endlich Schluss sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Pläne der EU sind richtig und kommen vielleicht gerade noch rechtzeitig. Die Kommission sagt Ja. Das Parlament sagt Ja. Jetzt liegt es also am Europäischen Rat als dritte Instanz. Der Europäische Rat kann den Sack zumachen und ehrgeizige Klimaziele verabschieden. Derzeit steht er unter deutscher Ratspräsidentschaft. Jetzt braucht es eine klare Botschaft nach Berlin: Klimaschutz jetzt!

Stimmen Sie unserem Antrag zu. Starke Klimaziele brauchen wir jetzt auf allen Ebenen. Diese vielleicht letzte Chance im Klimaschutz dürfen wir nicht verpassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Florian von Brunn. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Die Klimaziele im Freistaat, gerade auch im Gesetzentwurf der Staatsregierung, reichen angesichts der sich immer weiter beschleunigenden Klimaüberhitzung nicht aus. Im Bund blockieren CDU und CSU gemeinsam besseren Klimaschutz, aber auch in anderen Bundesländern, zum Beispiel im von den GRÜNEN regierten Baden-Württemberg hat die Regierung Kretschmann ein Klimaschutzgesetz in den Landtag eingebracht, das der Umweltverband NABU als "wachsweiches Klimapäckle" und die Aktivisten von Fridays for Future als "ein Gesetz mit völlig ambitionslosen Klimaschutzzielen" bezeichnet haben.

Wir haben also tatsächlich überall Handlungsbedarf. In Bayern sind bessere Klimaziele überfällig. Wir brauchen eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um mindestens 67 % bis 2030 und Treibhausgasneutralität bis spätestens 2040.

(Beifall bei der SPD)

Das eine sind die Klimaziele, die als Überschrift darüberstehen. Dann kommt es entscheidend darauf an, was konkret gemacht wird. Auch da ist bei der Staatsregierung noch sehr viel Luft nach oben. Das hat auch die Sachverständigenanhörung zum Klimaschutzgesetz des Herrn Staatsministers Glauber gezeigt. Eine kritische Prüfung der Maßnahmensammlung aus dem Umweltministerium zeigt auch: Das reicht bei Weitem nicht für eine sozialökologische Modernisierung der bayerischen Wirtschaft und Gesellschaft aus. Ich sage zu CSU und FREIEN WÄHLERN – Herr Staatssekretär Weigert sitzt hier –: Sie starten schon als Bettvorleger. Ein Klimaschutztiger sieht anders aus.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen jetzt ein echtes Klimaschutz-Sofortprogramm, das dringende Reformen in drei wesentlichen Bereichen angeht: zum einen Klimaschutz im Verkehr, zum anderen Klimaschutz in der Industrie und im Bereich der Digitalisierung und schließlich neuen Schwung für die Energiewende und die Windkraft in Bayern.

Das größte Problem haben wir im Verkehrssektor. Der Verkehr verursacht im Freistaat Bayern den größten Ausstoß an Treibhausgasen, noch vor der Energieerzeugung und vor der Industrie. Gerade der Straßenverkehr ist der größte Klimaerhitzer im Freistaat. Das muss sich schnell ändern; denn wir haben nicht mehr viel Zeit. Deswegen fordern wir jetzt den massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der E-Mobilität. Dazu gehört vor allem der starke und schnelle Ausbau des regionalen Schienenverkehrs durch viel höhere Investitionen, durch mehr Einsatz für den massiven Ausbau des Schienennetzes in Bayern und durch neuen Schwung statt Abwürgen bei den Reaktivierungen von Bahnstrecken. Dazu gehört aber auch, in die Zukunft zu denken, zum Beispiel an

eine zukunftsweisende Lösung, vielleicht mit der Bayerischen Eisenbahngesellschaft, für eine übergeordnete und zügige Planung von landkreisübergreifenden Expressbuslinien überall dort, wo wir keine Schiene haben. Wir brauchen endlich einen einheitlichen Bayerntarif für den öffentlichen Nahverkehr, eine stärkere Förderung der Ticketpreise überall, nicht nur dort, wo wir Luftverschmutzungsprobleme haben, und vor allem auch Kostenfreiheit für junge Menschen, für Ältere und für sozial Benachteiligte.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen jetzt handeln und dürfen nichts schönreden. Ohne eine echte und schnelle Mobilitätswende schaffen wir die Einhaltung der Klimaschutzziele nicht, die wir im Interesse unserer Kinder erreichen müssen.

Wir werden dem Antrag der GRÜNEN zustimmen. Wir werden auch dem Antrag der FREIEN WÄHLER zustimmen, wobei eine Technologieoffensive alleine nicht reicht. Denken Sie an den Rebound-Effekt. Alle technologischen Fortschritte und die Energieeffizienz sind durch andere Faktoren wie Wachstum und Ähnliches wieder zunichtegemacht worden. Deswegen müssen wir auch weiterdenken. Wir werden Ihrem Antrag trotzdem zustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Abgeordnete Hans Friedl. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Titel des Dringlichkeitsantrags der GRÜNEN "Starke Klimaziele durchsetzen – für die Zukunft von Europa, Bund und Bayern" ist meiner Meinung nach ein wenig provokant. Provokation ist aber ein erlaubtes Mittel in der Politik. "Europa, Bund und Bayern" – müsste es, wenn man direkt eine Veränderung erreichen will, nicht heißen: "Bayern, Bund und Europa"? – Hier im Landtag in München können wir

nur auf die Politikfelder Einfluss nehmen, die sich in Bayern abspielen oder bei denen wir die Möglichkeit haben, diese direkt zu beeinflussen.

Nichtsdestoweniger ist der Antrag inhaltlich wichtig. Die formulierten Klimaziele zu erreichen, ist eine Herkulesaufgabe, der sich jeder Einzelne stellen muss. Liest man diesen Antrag, ist die Reihenfolge im Titel nicht stringent durchgehalten. Dem Klimaziel des Bundes, der Reduktion von Treibhausgasen auf 55 % bis zum Jahr 2030, hat sich auch Bayern verschrieben, und das aus gutem Grund. Das im Antrag zitierte Gutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen beschreibt aus wissenschaftlicher Sicht, dass wir größere Anstrengungen unternehmen müssen, um die Klimaziele zu erreichen.

Dieser Meinung bin ich auch. Wir sind auf dem Weg; vielleicht nicht als Schnellzug, aber auch nicht mit der Geschwindigkeit einer Pferdekutsche. Nach den Berechnungen, die auch im Gutachten abgebildet sind – mit allen Unwägbarkeiten sind sie dargestellt –: Müssen wir uns anstrengen? – Ohne Zweifel. Die Ziele müssen aber auch umsetzbar sein. Utopien können am Ende des Tages nicht politische Entscheidung tragen.

Ein letzter Punkt zum Antrag: Der letzte Punkt klingt ein wenig so, als würden Sie den Green Deal der EU-Kommission schon jetzt beerdigen. Unter diesen Aspekten kann man den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN-Fraktion leider nur ablehnen. Wir wollen den zurzeit stattfindenden Überbietungswettbewerb, den hier auch die SPD heute befeuert, nicht mitmachen, weil dies zu einer zunehmenden Verunsicherung und einer Überforderung der Bürger und der Wirtschaft führt. Wir lehnen auch diesen Antrag ab.

Wir fordern in unserem Dringlichkeitsantrag deshalb, dass die Europäische Kommission schnellstmöglich ihre ambitionierten Vorgaben mit angemessenen und realistischen Maßnahmen hinterlegen soll. Dazu soll sie zügig richtige Investitionen in das Energiesystem und die Technologien der Zukunft, insbesondere in erneuerbare Ener-

gien, Recycling und die energetische Sanierung, vorsehen. Unser Dringlichkeitsantrag ist da wesentlich zielführender, deshalb bitte ich um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Prof. Dr. Ingo Hahn.

(Beifall bei der AfD)

Einen Moment noch, bitte. – So, herzlichen Dank. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zitat des Umweltbundesamtes beginnen. Da heißt es wörtlich: "Etwa zwei Drittel des natürlichen Treibhauseffekts, der seit Jahrmillionen die Erde bewohnbar macht, werden von Wasserdampf verursacht, ein geringerer Teil von CO_2." Nur dieser geringe, nicht weiter definierte Teil ist es, für den Sie, liebe Grün*innen, unsere Gesellschaft spalten und unseren Wohlstand ruinieren wollen. Es geht Ihnen gerade nicht um Fakten, sondern einzig und allein um die Subventionierung eines Lobbyismus, der Ihre Partei am Leben erhält. Es verwundert mich sehr, dass Sie in Ihrem Antrag von Zukunft sprechen, denn eigentlich zielen Sie darauf ab, unsere Zivilisation wieder in die Steinzeit zu befördern.

(Unruhe)

Was wäre gewesen, wenn das EU-Parlament statt 60 % schon 70 % Selbstreduktion gefordert hätte? – Vermutlich hätten Sie dann auf 80 % erhöht. Ihnen geht es nämlich nicht um die Realität und die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes, sondern einzig und allein darum, immer absurdere Forderungen zu stellen.

(Unruhe)

Sie zeigen keine Lösungen auf, und es geht Ihnen im Allgemeinen auch nicht um Nachhaltigkeit. Eine komplette Zerstörung der gesamten bayerischen Wirtschaftslage ist nämlich weder für die Wirtschaftsbewahrung noch für unsere Umwelt etwas wirklich Nachhaltiges. Immer abstrusere Verbote, mehr Bürokratie, Bevormundung und moralische Überheblichkeit sind es, die unsere Gesellschaft spalten, die Sie spalten. Man erlebt das übrigens hier im Parlament auch mit den Verboten. Jetzt darf man noch nicht einmal mehr aufstehen, um eine Zwischenbemerkung zu machen. Und Sie hocken hier alle in Ihren Hühnerkäfigen, ohne dass sich einer irgendwie dagegen erheben würde.

(Unruhe)

Wörtlich heißt es da übrigens: "[…] die nationalen Ziele stellen noch keinen ausreichenden Beitrag zum globalen Klimaschutz dar." Liebe GRÜNE, selbst, wenn wir von heute auf morgen aufhören würden, CO_2 auszustoßen, in Bayern oder sogar in ganz Deutschland, so hätte das noch immer so gut wie keinen Effekt, denn erstens kann man Klima nicht schützen, generell nicht, und zweitens geht das nicht, weil unser Anteil am CO_2-Ausstoß global betrachtet gerade einmal 2 % beträgt. Schon bald wird Sie die Realität eines Besseren belehren, spätestens aber dann, wenn die Bürger Ihre Politik am eigenen Leib spüren werden. Dann zerplatzt nämlich ihr ökosozialistisches Utopia. Aus dem von Ihnen propagierten Traum wird dann für unsere Bürger ein Albtraum werden, genährt von Massenarbeitslosigkeit, Grundrechtseinschränkungen und dem Ende der liberalen Wirtschaftsordnung.

(Unruhe)

Sagen Sie mir: Was wird dann aus Ihren fehlgeleiteten Umwelt- und Klima-Rettungsfantasien, wenn die Menschen nicht mehr bereit sind, Geld in ein Fass ohne Boden zu pumpen? Vor allem die Folgen der Corona-Beschränkungen, die wir alle hier sehen, werden zeigen, dass es mehr braucht als Ihre alternativlose Politik. Aber nein, Klimaschutz ist nämlich kein Umweltschutz. Die weitere Subventionierung Ihrer landwirt-

schafts- und wettbewerbsfeindlichen Ziele führt lediglich zu einer Verarmung unserer Bürger und schadet nachweislich der Biodiversität von Flora und Fauna durch den immer weiteren Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien. Dabei weiß doch schon jeder Fünftklässler, dass man Energie gar nicht erneuern kann. Nur Sie, liebe Grün*innen, haben das noch nicht mitbekommen. Der Antrag ist abzulehnen.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, bei Ihnen allen noch einmal für Verständnis für die Regelung zu werben, dass Zwischenbemerkungen im Sitzen zu machen sind. Das hat zwei Gründe. Zum einen: Wenn man aufsteht, dann spricht man über diese Abtrennungen hinweg, die damit ihre Wirkung verlieren. Es hat aber einen noch viel praktischeren Grund: Wenn man sich diesen Schwanenhals mit dem Mikrofon nach oben nimmt, dann wird das Kabel aus der Verankerung gerissen und kann beschädigt werden. Herzlichen Dank.– Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Abgeordneter Dr. Martin Huber. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben an dieser Stelle schon sehr oft und sehr viel über Klimaschutz gesprochen. Dabei haben wir auch deutlich gemacht, dass Klimaschutz mittlerweile ein gesamtgesellschaftliches Anliegen ist, eine große Herausforderung, die sich durch alle Lebensbereiche zieht. Es ist ein Anliegen, das genau deswegen mittlerweile auf allen politischen Ebenen fest verankert ist. Wir haben hier auch oft darüber gesprochen, dass der Klimawandel nichts Abstraktes ist, sondern sich auch hier bei uns in Bayern sehr konkret auswirkt. Er zeigt sich, wie schon angesprochen, durch zunehmende Starkregenereignisse, aber auch durch zunehmende Trockenheit. Die Wasserstrategie, die in diesem Zusammenhang unser Ministerpräsident Markus Söder angekündigt hat, ist daher folgerichtig, und sie bezieht sich ganz klar auf die Herausforderungen des Klimawandels.

Weil die Herausforderung des Klimawandels so groß ist, ist sie auf allen politischen Ebenen fest verankert: beim Green Deal der Europäischen Union, beim Klimaschutzgesetz auf Bundesebene und beim Klimaschutzgesetz in Bayern mit dem Maßnahmenpaket. Wenn ich nun in den Anträgen lese, alles wäre unausgegoren und zu wenig präsent, dann möchte ich schon einmal darauf hinweisen, dass auch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft Klimaschutz als ganz zentrale Aufgabe bezeichnet und in das Arbeitsprogramm ganz konkret die Beratung zum Entwurf eines europäischen Klimagesetzes aufgenommen hat. Dieses Gesetz soll insbesondere die Klimaneutralität der Europäischen Union verbindlich festschreiben, und dieses Gesetz soll verabschiedet werden. Das deutsche Klimapaket, das Klimaschutzgesetz, die flankierenden Maßnahmen sowie eine CO_2-Bepreisung mit Emissionshandel für Wärme und Verkehr sind verabschiedet und werden bald in Kraft treten.

Nun wird hier immer die Wirksamkeit dieser Maßnahmen in Frage gestellt. Ich kann dazu nur sagen: Die Maßnahmen und ihre Wirksamkeit sind längst wissenschaftlich untersucht. Die Denkfabrik Agora Energiewende, die nun wirklich nicht im Verdacht steht, besonders CSU–nah zu sein, hat in einer Studie belegt: Der CO_2-Zertifikatehandel wirkt. So lässt sich der deutliche Rückgang der Kohleverstromung in Deutschland um 31 % bei der Steinkohle und um 22 % bei der Braunkohle vor allem auch auf das europäische Zertifikatehandelsystem zurückführen. Unser nationales Klimaziel für 2020, 40 % weniger CO_2 gegenüber 1990 auszustoßen, werden wir durch diesen Emissionshandel auch erreichen. Dieses Instrument wirkt also. Genau deswegen haben wir dieses Instrument auch auf Bundesebene eingeführt. Ab 2021 wird ein nationaler Handel mit CO_2-Zertifikaten starten, der bei Benzin, Diesel, Heizöl und Gas ansetzt. Der Einstiegspreis liegt bei 25 Euro pro Tonne CO_2 und steigt dann in Jahresschritten bis 2025 auf 55 Euro. Dann wird ein Preiskorridor zwischen 55 und 65 Euro pro Zertifikat festgelegt. Damit ist auch das klare Signal verbunden: CO_2 kostet, und es wird teurer.

Auch der internationalen Verantwortung, die in den Anträgen angesprochen wird, werden wir gerecht. Deutschland ist ein wichtiges Geberland für die internationale Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen. Seit 2020 gibt die Bundesregierung jährlich 4 Milliarden Euro an Haushaltsmitteln für den Klimaschutz aus. Ein Großteil davon wird von unserem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Gerd Müller übernommen. Diesem Rahmen schließen sich auch das Klimaschutzgesetz in Bayern und der 10-Punkte-Plan mit dem Maßnahmenpaket an.

In den Dringlichkeitsanträgen von GRÜNEN und SPD wurde geschrieben: Was macht man denn eigentlich? Müsste man nicht mal ein konkretes Programm vorlegen? – Ich muss ganz ehrlich sagen, ich habe mittlerweile Bedenken, ob Sie Texte nur noch dann verstehen, wenn sie bebildert sind; wenn Sie sich unsere Maßnahmen und unsere Regelungen mal anschauen würden, könnten Sie feststellen, dass alles sehr genau und konkret geregelt ist. Der 10-Punkte-Plan – ich habe es hier schon öfter gesagt, aber Sie hören anscheinend nicht zu, deswegen muss ich mich leider wiederholen – umfasst die Bereiche Wald, Moore, Wasser, klimaschonende Landwirtschaft, Ökolandbau, Ernährung, Innovation, Energie, Klimaarchitektur, Holzbau, Förderung der Klimaneutralität bei Staat und Kommunen – hier ist auch die Umstellung der Fahrzeugflotten integriert, wie sie von der SPD gefordert wurde – und natürlich Mobilität. Der ÖPNV nimmt im 10-Punkte-Plan breiten Raum ein. Anreize für die stärkere ÖPNV-Nutzung sind darin aufgeführt, zum Beispiel ein attraktives Jahresticket, Ausbau des ÖPNV durch Erhöhung der ÖPNV-Zuweisungen und Erhöhung der Busförderung, Förderung des Ausbaus von Park-and-Ride-Anlagen, Förderung bedeutsamer Buslinien sowie der Ausbau von Radwegen und der Radverkehrsinfrastruktur. Ich nenne das kursorisch im Überblick für all das, was in dem Abschnitt "Mobilität" des 10-Punkte-Plans enthalten ist.

Da kann ich schon mal sagen: Konkreter kann man Klimaschutz nicht machen, als wir es mit unserem Klimaschutzgesetz und unserem Maßnahmenpaket, den 96 Maßnahmen, umsetzen. Wir setzen dabei auf Innovation und die Verbindung von Klimaschutz

und Wertschöpfung. Wenn Sie all das einmal sorgfältig lesen würden, dann könnten Sie sich Ihre Anträge hier sparen.

Wenn ich mir die Anhörung ins Gedächtnis rufe, habe ich schon den Eindruck: Bei Ihnen geht es um theoretische Diskussionen, um juristische Feinheiten, ob da jetzt "sollen" oder "müssen" steht. Für uns ist entscheidend, dass dort "machen" steht. Wir machen Klimaschutz, und zwar konkret.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Auch mit dem zuvor behandelten Dringlichkeitsantrag zu Photovoltaik und Biogasanlagen zeigen wir, dass wir uns um die konkreten Maßnahmen kümmern.

Sehr geehrte Damen und Herren von den GRÜNEN, das alles ist auf jeden Fall besser und glaubwürdiger, als mit dem Auto zur Demo gegen Autobahnen zu fahren, wie es die GRÜNEN in Hessen tun.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir lehnen die Anträge von SPD und GRÜNEN ab. Der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER setzt auf unseren Ansatz der Innovation und Wertschöpfung, auf Klimaschutz konkret, deshalb werden wir diesem Antrag natürlich zustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, es liegen drei Wortmeldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Hierzu erteile ich zunächst dem Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn für die AfD-Fraktion das Wort.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Dr. Huber, in Ihrer neuen schwarz-grünen Liebe haben Sie sich am Anfang Ihrer Rede sozusagen mit der Wichtigkeit dieser Klimaziele gemein gemacht und haben diese anerkannt. Konkrete Frage: Machen Sie sich auch gemein mit den Fake News, die vorhin Herr Stümpfig hier verbreitet hat? – Er hat

nämlich behauptet, die Niederschläge würden allgemein abnehmen, das heißt, wir hätten hier eine Trockenheit – dabei ist die Tendenz eher anders, dass nämlich die Niederschläge generell zunehmen –, und dass wir 2020 wahrscheinlich das heißeste Jahr bekommen würden, obwohl wir gerade den kältesten Septembertag seit 18 Jahren haben

(Zuruf)

und wir Jahrhunderte, nein schon Jahrtausende hatten, die alle wärmer waren als dieses oder letztes Jahr.

Dr. Martin Huber (CSU): Herr Kollege Hahn, zunächst einmal stelle ich bei Ihnen eine lebhafte Lust an der Debatte fest; aber das liegt wahrscheinlich daran, dass Sie heute keine Tagesordnung entscheiden müssen, sondern die Tagesordnung vorgegeben war, dann können Sie schon mal nicht an dieser Hürde scheitern.

(Beifall bei der CSU)

– Ach so, ich habe gedacht, da kommt Beifall von der AfD.

Was Ihre Fragen angeht: Ich habe den Kollegen Stümpfig nicht so verstanden, dass er gesagt hat, dass insgesamt – – Was haben Sie gesagt? – Sie wissen es selber nicht mehr, was Sie gesagt haben? – Natürlich ist es so, dass sich die Auswirkungen des Klimawandels auch bei uns bemerkbar machen. Wir erleben, dass Starkregenereignisse zunehmen. Die schrecklichen Ereignisse in Simbach sind uns allen noch in Erinnerung, auch wegen der Schwierigkeit, die Menschen zu warnen. Tatsächlich nimmt die Trockenheit zu. Gerade diese Ungleichmäßigkeiten, viel Starkregen, aber dann auch lange Trockenperioden, sind originäre Auswirkungen des Klimawandels. Insofern weiß ich, ehrlich gesagt, nicht, was Sie dem Kollegen Stümpfig vorwerfen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Dr. Martin Huber (CSU): Wobei ich dem Kollegen Stümpfig auch sagen muss: Gewöhne dich nicht daran, dass ich dich verteidige.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke. – Für die nächste Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Martin Stümpfig, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Dr. Huber, fürs Nichtverteidigen. Das habe ich auch gar nicht nötig.

Zur Anhörung noch einmal: Acht von zehn Experten und alle, die von Ihnen benannt wurden, haben unsere Forderungen unterstützt. Das Bayerische Klimaschutzgesetz ist viel zu unverbindlich. Es fehlt ein Monitoring. Es fehlt ein Klimaschutzprogramm. Es gibt keinen Link zu diesem 10-Punkte-Plan. Den Begriff gibt es im Klimaschutzgesetz nicht.

Aber meine Frage zielt auf etwas anderes, Kollege Dr. Huber: Wie können Sie erklären, dass die CO_2-Emissionen in Bayern immer noch steigen? In dem Bericht des Leipziger Instituts für Energie steht: Bei der Wärme tut sich gar nichts, keine Erfolge, und im Mobilitätsbereich immer noch steigende CO_2-Emissionen. Da braucht es jetzt endlich klare, konkrete Schritte. Ihr Ansatz, sich auf das CO_2-Programm, den Zertifikatehandel, zu verlassen – das sind nächstes Jahr 7 Cent pro Liter Diesel oder Benzin –, wird allein nicht reichen. Wir brauchen in Bayern endlich tatkräftige Maßnahmen. Da ist nichts zu sehen. Deshalb noch mal die Frage: Wie erklären Sie sich, dass Bayern im Jahr 2019 als einziges Bundesland noch steigende CO_2-Emissionen hatte?

Dr. Martin Huber (CSU): Herr Kollege Stümpfig, zunächst einmal weise ich darauf hin, dass das Klimaschutzprogramm sehr wohl im Bayerischen Klimaschutzgesetz enthalten ist.

Ich muss auch sagen: Ich habe es als gewisse Finte empfunden, eine Anhörung zum Klimaschutzgesetz einzuberufen und den Sachverständigen das Maßnahmenpaket

nicht mitzuschicken. Die meisten Sachverständigen haben sich das Maßnahmenpaket dann selbst zu Gemüte geführt und durchgelesen; denn natürlich ist diese enge Verbindung vorhanden. In Artikel 5 Absatz 1 des Klimaschutzgesetzes ist deutlich ausgeführt, dass die Bayerische Staatsregierung verpflichtet ist, ein Klimaschutzprogramm mit konkreten Maßnahmen aufzustellen. Das ist im Gesetz explizit enthalten. Sie bestreiten das immer wieder, aber durch Wiederholung wird das nicht richtiger.

Zum anderen haben die Sachverständigen deutlich gemacht, dass auf Innovation, auf Forschung, auf Entwicklung gesetzt werden muss, weil damit auch Wertschöpfung einhergeht und dadurch der Klimaschutz konkret wird, und weil wir damit auch Technologien entwickeln, zum Beispiel in den Bereichen Cleantech und Wasserstoff, die auch andernorts ihren Beitrag leisten können, um den Klimaschutz voranzubringen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Dr. Huber, Sie werden gleich noch eine weitere Minute Zeit bekommen, aber diese ist um. Danke schön. – Zu einer weiteren Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Florian von Brunn, SPD-Fraktion, das Wort.

Dr. Martin Huber (CSU): Hätte mich auch gewundert, wenn er nichts gesagt hätte.

Florian von Brunn (SPD): Immer gerne bei Ihnen, Herr Dr. Huber. – Die Klimaschutzbilanz des Freistaates Bayern ist geradezu peinlich – wenn man überhaupt von Klimaschutz reden kann. Die Bundesrepublik insgesamt wird bis 2020 ihr Klimaschutzziel einer Reduktion um 40 % gegenüber 1990 erreichen, Baden-Württemberg vielleicht 25 % – das ist noch nicht ganz sicher –, Bayern liegt sogar bei der Pro-Kopf-Emission unter 20 % – neueste Daten des Umweltbundesamtes aus der Sachverständigenanhörung –, erreicht nicht mal 18 %. Das ist eine katastrophale Bilanz für die sogenannte Umweltpolitik der CSU. Mit Ihren Maßnahmen, von denen Sie heute erzählen, diesem wirren Katalog von kleinkrämerischen Maßnahmen, die Sie in irgendwelchen Schubladen gefunden haben, kommen wir im Klimaschutz nicht weiter, das kann ich Ihnen heute schon prophezeien.

Dr. Martin Huber (CSU): Herr Kollege, wenn wir kein Maßnahmenpaket vorlegen würden, wären Sie der Erste, der sagen würde, das sei alles zu schwammig und zu viel Geschwurbel. Wir müssen damit leben, dass Sie aus der Opposition heraus natürlich kritisieren, damit Sie kritisieren; das halten wir auch aus. Aber ich finde schon, dass dieses Maßnahmenpaket mit 96 Einzelmaßnahmen und 10 Themenbereichen, die wirklich das ganze tägliche Leben, die ganze Gesellschaft abdecken, ein sehr wuchtiges Maßnahmenpaket ist, das vorausschauend und innovativ ist, das auch Wertschöpfung für unsere Heimat bedeutet. Ich bin fest davon überzeugt, dass das der richtige Weg ist. Wenn Sie kritisieren, damit Sie kritisieren, dann soll es so sein. Das hilft dann halt auch nichts.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Dr. Huber. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Christoph Skutella. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegen von den GRÜNEN wollen sich offensichtlich einen Überbietungswettbewerb mit dem Europäischen Parlament liefern; dieses hat gestern eine Treibhausgasreduktion um 60 % gegenüber 1990 beschlossen. Dass Sie das gleich dazu ermuntert, die Forderung der Europäischen Linken zu übernehmen, die diese 70 %, die auch von Ihnen gefordert werden, fordern, hat mich gestern Nachmittag stark gewundert.

In letzter Zeit gaben sich zumindest einige von Ihnen eher etwas wirtschaftsnäher. Diese kurze Phase einer Eingebung scheint mit dem heutigen Antrag wieder vorbei zu sein.

Kolleginnen und Kollegen, zum Antrag: Sie schreiben, dass Ursula von der Leyen und das Europäische Parlament in die richtige Richtung gehen. – So weit Zustimmung. 55 %, waren schon happig; ob wir die 60 % schaffen und ob auch die osteuropäischen Staatschefs hier mitziehen, wird sich erst noch zeigen.

Aber dann lassen Sie uns doch bitte den Klimaschutz endlich auf europäischer und globaler Ebene angehen und nicht immer in länderspezifisches Klein-Klein verfallen. Für das Erreichen der neuen europäischen Ziele werden bis zum kommenden Sommer sämtliche relevanten EU-Richtlinien angepasst. Dieser europäische Weg ist wesentlich effizienter und hilfreicher für das Klima als die Tausenden von Einzelmaßnahmen auf Bundes- und auf Landesebene, die laut der neuerlichen Evaluierung des Aktionsprogramms Klimaschutz ihre kleinteiligen Ziele massiv verfehlen.

As Reaktion auf dieses Ergebnis sagte auch Lisa Badum, Ihre klimaschutzpolitische Sprecherin im Bundestag – Zitat –:

> Ein EU-Emissionshandel mit klaren Preissignalen wirkt. Über 90 Prozent der Emissionsminderungen im Jahr 2019 in Deutschland sind auf die gestiegenen Preise für CO_2-Zertifikate im EU-Emissionshandel zurückzuführen.

Das heißt, auch Sie akzeptieren das. Also bitte, schließen Sie sich doch Ihrer Kollegin in Berlin an und lassen das europäische Emissionshandelssystem arbeiten. Dessen geplante Ausweitung auf die Sektoren Verkehr, Wärme und perspektivisch auch auf die Forst- und die Landwirtschaft ist das beste und effizienteste Instrument im Kampf gegen den Klimawandel. Noch höhere Ziele auf niedrigerer Ebene helfen uns hierbei nicht weiter.

Herr Dr. Huber hat es angesprochen – und ich möchte mich auch dafür bedanken –, dass unsere Ideen zu internationalen Kompensationsmöglichkeiten übernommen werden. Aber was das Klimaschutzgesetz betrifft, so möchte ich darum bitten, dass wir diese Möglichkeit auch den bayerischen Unternehmerinnen und Unternehmern eröffnen.

Noch kurz zu den beiden "Nachziehern": Den SPD-Antrag lehnen wir ebenso aufgrund unrealistischer Ziele ab; dem Antrag der FREIEN WÄHLER werden wir zustimmen – auch wenn die EU-Kommission bereits in ihrem Impact Assessment eine Folgenabschätzung verfasst hat und, wie schon gesagt, sämtliche EU-Richtlinien bis zum Som-

mer angepasst werden. Die grundsätzliche Intention ist dennoch richtig. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte vorn. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Martin Stümpfig. – Herr Stümpfig, bitte.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Skutella, wir hatten in der letzten Legislaturperiode Diskussionen hier im Landtag über den CO_2-Zertifikatehandel. Unsere klare Forderung ist, diesen auf die Bereiche Wärme und Mobilität auszudehnen. Damals wurde das von der CSU abgelehnt; das gleiche Spielchen hatten wir nun gerade im ersten Dringlichkeitsantrag. Wir GRÜNEN haben die Ideen; sie werden erst einmal von der CSU abgelehnt. Jetzt, heute, meint Kollege Huber, dass das eine ganz tolle Geschichte ist. Das war unsere Idee.

Die Kollegin Badum aus dem Bundestag hat es noch einmal ganz klar gesagt: Ja, der Markt wirkt hier in bestimmten Bereichen, aber wir werden erst noch sehen, ob er in den Bereichen Wärme und Mobilität tatsächlich wirkt. Das glauben wir nicht; da brauchen wir auch noch andere Maßnahmen.

Kommen wir zum zweiten Punkt, dem Verteilmechanismus: Sie waren gemeinsam mit mir vorletzte Woche in der Anhörung zum Klimagesetz. Da wurde von den Experten klar gesagt: Es gibt einen Verteilmechanismus bezogen auf die 27 EU-Mitgliedstaaten. Das derzeitige Einsparziel von 40 % bis 2030 bedeutet umgerechnet auf Deutschland ein Minus von 55 %. Da ist es ganz klar, –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen, bitte.

Martin Stümpfig (GRÜNE): – dass dann die 60 % auch mehr ergeben müssen als nur 60 %. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Christoph Skutella (FDP): Lieber Herr Kollege Stümpfig, es freut mich, auch im Bayerischen Landtag einmal das deutliche Statement zu hören, dass Sie zum Zertifikatehandel stehen. Das hatten wir bis jetzt, auch in dieser Legislatur, noch nicht so oft. Ich erinnere an die Klimaschutzgesetze, die wir hier schon diskutiert hatten.

(Beifall bei der FDP)

Es ist schön, dass Sie sich da an Berlin orientieren.

Ich setze darauf – das ist auch der Grundstein –, dass wir zusammen mit dem Zertifikatehandel und mit technischem Fortschritt, Technologieoffenheit sowie internationalen Maßnahmen wesentlich mehr erreichen können, als es durch kleinteilige Maßnahmen auf Länderebene möglich ist.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wir werden die Anträge wieder getrennt abstimmen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 18/10269, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen FREIE WÄHLER, CSU, FDP und AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, Drucksache 18/10310, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von GRÜNEN und SPD. Wer ist dagegen? – FREIE WÄHLER, CSU, FDP, AfD und beide fraktionslose Abgeordnete. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER, Drucksache 18/10311, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das

sind die Fraktionen von SPD, FREIEN WÄHLERN, CSU, FDP sowie Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Danke. Wer ist dagegen? – Herr Abgeordneter Swoboda (fraktionslos) und die AfD. Wer enthält sich? – Die Fraktion von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Vielen Dank. Damit ist dieser Antrag angenommen.